



## **Begrüssung**

Der Gemeindepräsident Michael Baader begrüsst die rund 60 Anwesenden im Gemeindesaal zur ersten Gemeindeversammlung im Jahr 2004 und erklärt die Versammlung als eröffnet.

## **Organisatorisches**

### 1. Nichtstimmberechtigte

Die Nichtstimmberechtigten werden gebeten, in der hintersten Sitzreihe Platz zu nehmen.

### 2. Entschuldigt abwesend

Gemeinderat: Felix Jehle  
Gemeindekommission: Peter Rickenbacher, Präsident  
Christina Hilber, Vizepräsidentin  
Ruth Freivogel-Ritter  
Rechnungsprüfungskommission: Alle Mitglieder

### 3. Feststellung zur Einladung

Die Einladung zur Gemeindeversammlung ist allen Stimmberechtigten gemäss Organisationsreglement rechtzeitig (mindestens 10 Tage vor der Gemeindeversammlung) und persönlich adressiert sowie unter Angabe der Traktanden zugestellt worden. Die ausführlichen Unterlagen konnten auf der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

### 4. Stimmenzählende

Es werden bestimmt (aus der Sicht der Versammlung):

Linke Seite inkl. Gemeinderatstisch: Reto Kunz  
Rechte Seite: Silvia Hänger

## **Protokoll**

Ohne anders lautenden Antrag wird wie bisher das Beschlussprotokoll verlesen. Zur Diskussion steht und genehmigt wird jedoch das ausführliche Protokoll. Es konnte auf der Verwaltung und im Internet bezogen oder eingesehen werden.



Die vorgeschlagene Vorgehensweise wird von den Anwesenden nicht bestritten.

Der Gemeindeverwalter verliest das Beschlussprotokoll der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2003. Zur Diskussion steht nun das ausführliche Protokoll. Dieses wird ohne Wortbegehren einstimmig genehmigt.

://: Das ausführliche Protokoll der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2003 wird genehmigt.

### **Traktanden**

Der Gemeindepräsident erläutert die Traktandenliste.

Es erfolgen keine Wortbegehren.

Die Anwesenden sind mit der Traktandenliste einstimmig einverstanden.



## **TRAKTANDUM 1:**

### **GENEHMIGUNG RECHNUNGSABSCHLUSS 2003**

#### Erläuterungen durch den Departementchef

Michael Baader erläutert den Vorlagentext. In den Unterlagen befindet sich wie immer der Zusammenzug. Zur Diskussion steht aber die ausführliche Rechnung, welche auf der Verwaltung eingesehen oder bezogen werden konnte.

Die Rechnung und die Spezialfinanzierungen (mit Ausnahme von „Wasser“) schliessen besser als budgetiert ab. Die hauptsächlichen Abweichungen zum Voranschlag gründen vor allem auf den Auswirkungen und Unsicherheiten wegen des am 1. August 2003 neu in Kraft getretenen Bildungsgesetzes. Zwischen den Gemeinden und dem Kanton konnte bisher noch keine Einigung über das In-Kraft-Treten der neuen Miet- und Unterhaltsbeiträgen für die Schulbauten gefunden werden. Der Rechnungsabschluss beinhaltet diesbezüglich Ertragszahlen, die dem Bildungsgesetz entsprechen. Wenn keine Einigung gefunden wird oder der Landrat anders entscheidet, kann es im schlimmsten Fall in der Rechnung 2004 einen Debitorenverlust geben. Die Annuitätenzahlungen betreffend neue Dreifachturnhalle sind in der Rechnung 2003 noch nicht enthalten, da es diesbezüglich noch Differenzen mit dem Kanton wegen der Höhe und dem Beginn der Zahlungen gibt.

#### Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 14. Juni 2004

Michael Baader: Da sich die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission für heute Abend entschuldigt haben, verliest er den Kommissionsbericht:

*"Sehr geehrte Damen und Herren*

*Wir haben die Jahresrechnung 2003 der Einwohnergemeinde Gelterkinden geprüft und haben im Rahmen der Schwerpunktprüfungen festgestellt dass,*

- *die Bestandes- und Verwaltungsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmt,*
- *die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,*
- *bei der Darstellung der Jahresrechnung die Vorschriften und Richtlinien eingehalten worden sind.*

*Wir möchten darauf hinweisen, dass für 2003 vom Kanton Basel-Landschaft keine Zinsgutschriften für die Dreifachturnhalle vereinnahmt wurde und auch keine Forderung per 31. Dezember 2003 gegenüber dem Kanton eingestellt wurde. Über die Zins-*



*gutschrift wird nach wie vor mit dem Kanton verhandelt.*

*Die Rechnung 2003 schliesst mit einem weniger grossen Verlust von CHF 20'001.31 als budgetiert ab, dies bei einem Gesamtaufwand von CHF 23'693'490.60.*

*Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfung empfehlen wir, die Jahresrechnung 2003 zu genehmigen.*

*Mit freundlichen Grüssen*

*Rechnungsprüfungskommission*

*sig. Thomas Bieri, sig. Eugen Hostettler, sig. Claude Pfiffner"*

#### Bericht und Antrag der Gemeindekommission

Sprecher: Fritz Schwab

Die Gemeindekommission hat das Geschäft beraten und festgestellt, dass der Gemeinderat zu den Gemeindefinanzen Sorge trägt. Die finanzielle Situation ist zwar Ernst, aber nicht besorgniserregend. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

#### Eintreten

Die Anwesenden stellen keinen Nichteintretensantrag.

#### Detailberatung

Die Zusammenfassung der Rechnung 2003 wird Seite für Seite aufgerufen und zur Diskussion gestellt.

Monika Wiesner: Seite 9, Investitionsrechnung, Kontokreis 7 "Umweltschutz und Raumplanung": Warum ist bei den Ausgaben 2003 ein Minusbetrag verbucht?

Michael Baader: Dieser Kontokreis enthält die Investitionen der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall. Das Minus hängt damit zusammen. Die entsprechenden Erläuterungen sind auf Seite 8, Kapitel 3.2, der Vorlage zur heutigen Versammlung zu finden.



Der Gemeinderat ist bei dieser Vorlage nicht stimmberechtigt.

Beschlussfassung

Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

://: Die Rechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2003 inklusive Abschreibungen wird genehmigt.



## TRAKTANDUM 2:

### KENNTNISNAHME BERICHT DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

#### Erläuterungen durch den Departementchef

Michael Baader: Es liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderates, den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zu kommentieren. Er informiert die Anwesenden mittels Folien über § 102 und 102a des Gemeindegesetzes. Darin sind die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission und Angaben zur Berichterstattung festgehalten.

#### ***Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz), SGS 180***

##### **§ 102 Aufgaben**

<sup>1</sup> *Die Geschäftsprüfungskommission führt für die Gemeindeversammlung die Oberaufsicht über alle Gemeindebehörden und Verwaltungszweige durch.*

<sup>2</sup> *Sie*

*a. prüft die Tätigkeit aller Gemeindebehörden sowie der Gemeindeangestellten;*

*b. prüft die Tätigkeit der interkommunalen Amtsstellen, Kommissionen und Behörden, an denen die Gemeinde beteiligt ist, sowie die Tätigkeit derer Angestellten;*

*c. kann die Tätigkeit der basellandschaftlichen und ausserkantonalen Zweckverbände und Anstalten prüfen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, sowie die Tätigkeit derer Angestellten.*

<sup>3</sup> *Sie prüft, ob die Rechtsnormen generell richtig angewendet und die Gemeindeversammlungsbeschlüsse ordnungsgemäss vollzogen worden sind. Sie prüft nicht die individuelle Richtigkeit.*

##### **§ 102a Berichterstattung**

<sup>1</sup> *Die Geschäftsprüfungskommission erstattet der Gemeindeversammlung jeweils im ersten Halbjahr Bericht über ihre Feststellungen im vergangenen Jahr.*

<sup>2</sup> *Sie erstattet bei Feststellung schwerer Pflichtverletzung der zuständigen Aufsichtsinstanz Bericht.*

#### Erläuterungen durch den Kommissionspräsidenten

Peter Hemmig: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist in der Vorlagenbroschüre zur heutigen Versammlung abgedruckt. Besonders erläutert er die Entstehungsweise des Berichtes. Die Kommission beginnt jeweils eher spät mit der Erstellung des Berichts, damit möglichst der ganze Zeitraum berücksichtigt werden kann. Die GPK ist mit der strukturellen Organisation der



Gemeindeverwaltung zufrieden (v.a. Hallen- und Freibad, Bauabteilung). Sie ist auch mit dem Finanzchef Michael Baader dahingehend einig, dass die Gemeindeschulden abgebaut werden müssen.

Innerhalb der GPK und im vorliegenden Bericht werden auch Themen angesprochen, die über den Aufgabenbereich der GPK hinausgehen. Es gibt Themen, die der Gemeinderat zusammen mit der Bevölkerung hätte entwickeln können (bspw. Eisenbahnlärmschutz). Damit könnten die Einwohnenden vermehrt in die Gemeindeentwicklung miteinbezogen werden. Die Bevölkerung sollte Gelegenheiten haben, an der Zukunft mitwirken zu können. Die GPK will mit diesen Ideen Denkanstösse vermitteln.

Michael Baader: Über den Bericht der Geschäftsprüfungskommission wird nicht abgestimmt.

Die Anwesenden haben keine Fragen zum Bericht.

Michael Baader: Bittet die Stimmberechtigten, den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Kenntnis zu nehmen.



### **TRAKTANDUM 3:**

#### **ÄNDERUNG ART. 4 DES ORGANISATIONSREGLEMENTS VOM 23. APRIL 1996**

##### Erläuterungen durch den Departementchef

Michael Baader erläutert den Vorlagentext. Der Kanton hat im Rahmen der Vorprüfung die Genehmigung der beantragten Änderung in Aussicht gestellt.

##### Bericht und Antrag der Gemeindekommission

Sprecher: Adrian Hasler

Die Gemeindekommission hat ohne Diskussion einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

##### Eintreten

Die Anwesenden stellen keinen Nichteintretensantrag.

##### Detailberatung

Brigitte Belahcen: Würde eine Annahme des Antrages bedeuten, dass in Zukunft nicht mehr alles im Anzeiger publiziert würde?

Michael Baader: Die bisher im Anzeiger veröffentlichten Texte werden auch nach Annahme des Antrages im gewohnten Rahmen im Anzeiger publiziert. Der beantragte Absatz 1 entspricht dem bisherigen Artikel 4 des Organisationsreglements.

Armin Baader: Im beantragten Absatz 2 steht, dass die Erlasse entweder auf der Verwaltung aufgelegt oder im Aushang publiziert werden. Die daraus resultierende Praxis ist nicht klar ersichtlich.

Michael Baader: Erlasse, die bspw. eine grosse Anzahl an Plänen enthalten, sollen wegen Platzmangel im Schaukasten in der Verwaltung aufgelegt werden. Alle anderen Erlasse werden im Aushang publiziert. Die Bevölkerung wird jeweils über die Art der Veröffentlichung informiert.

Michael Baader: In Ergänzung zum Antrag soll auch noch die In-Kraft-Tretung festgelegt werden, nämlich mit der Genehmigung durch die zuständige kantonale Direktion.



---

Beschlussfassung

Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

://: Der folgenden Neuformulierung von Art. 4 des Organisationsreglements vom 23. April 1996 wird zugestimmt:

**Art. 4 Bekanntmachung von Gemeindeversammlungsbeschlüssen und Gemeindeerlassen**

<sup>1</sup> Die Beschlüsse der Gemeindeversammlung werden im Gelterkinder Anzeiger bekannt gegeben.

<sup>2</sup> Erlasse der Gemeinde und der Zweckverbände, denen sie angehört, werden auf der Verwaltung aufgelegt oder im Aushang publiziert.

Die In-Kraft-Tretung erfolgt mit der Genehmigung durch die zuständige kantonale Direktion.



#### **TRAKTANDUM 4:**

#### **AUFHEBUNG DANCINGREGLEMENT VOM 3. NOVEMBER 1994**

##### Erläuterungen durch den Departementchef

Michael Baader erläutert den Vorlagentext. Zudem weist er darauf hin, dass der Kanton die Gemeinden aufgefordert hat, aufgrund der geänderten kantonalen Gesetzgebung ihre Dancingreglemente ersatzlos aufzuheben.

##### Bericht und Antrag der Gemeindekommission

Sprecherin: Karin Tozzo

Die Gemeindekommission hat ohne Diskussion einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

##### Eintreten

Die Anwesenden stellen keinen Nichteintretensantrag.

##### Detailberatung

Es erfolgen keine Wortbegehren.

##### Beschlussfassung

Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

**://:** Das kommunale Reglement über die verlängerte Öffnungszeit von Dancing-Bars vom 3. November 1994, in Kraft seit der Genehmigung durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion des Kantons Basel-Landschaft am 13. Januar 1995, wird ersatzlos aufgehoben.



## **TRAKTANDUM 5:**

### **ÄNDERUNG STRASSENNETZPLAN SIEDLUNG IM BEREICH HOLZWEG**

#### Erläuterungen durch den Departementchef

Waldemar Gahlinger erläutert den Vorlagentext.

#### Bericht und Antrag der Gemeindekommission

Sprecher: Ernst Rüdin

Die Gemeindekommission hat das Geschäft beraten und einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

#### Eintreten

Die Anwesenden stellen keinen Nichteintretensantrag.

#### Detailberatung

Peter Wüthrich: Beim vorgesehenen Fussweg ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben. Fussgänger, die zur Bushaltestelle oder in die Migros gehen wollen, benützen dafür sinnvollerweise den Holzweg oder auch den Dickelenweg. Die Benützung des Fussweges via Holzweg würde diesbezüglich einen Umweg bedeuten. Mit dem beantragten Holzweg ist er einverstanden. Sein Votum will er auf Rückfrage von Michael Baader als Frage und nicht als Antrag verstanden wissen.

Waldemar Gahlinger: Die Fusswegverbindung Dickelenweg - Holzweg ist bereits heute ein Bestandteil des Strassennetzplanes. Daher ist der in diesem Plan festgehaltene Fussweg, wenn der Verlauf verlegt werden soll, aufzuheben. Nach der Aufhebung kann die Versammlung auch beschliessen, den Fussweg ersatzlos aufzuheben. Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass der Fussweg in mittlerer Zukunft erstellt werden soll. Im Strassennetzplan sind noch andere Wege enthalten, die nicht ausgeführt werden. Wegen dem steilen Gelände würde der Fussweg im hinteren Bereich gegen den Dickelenweg aus einer Treppe bestehen.

Brigitte Scholz: Sie wohnt in dieser Region in den Chienbergreben. Dort gibt es bereits andere Wege, die in der Falllinie verlaufen. Sie fände es gut, wenn der Fussweg wie beantragt beschlossen würde.



Brigitte Belahcen: Besteht heute der Fussweg zwischen dem Holzweg und dem Dickelenweg bereits?

Michael Baader: Heute besteht weder der Holzweg noch der Fussweg. Der Strassennetzplan gibt der Gemeinde ein Enteignungsrecht.

Mario Polsini: Wann wird der Holzweg erstellt? Wenn dort ein Baugesuch eingereicht wird? Würde der Fussweg höchstens auf Antrag aus der Bevölkerung gebaut?

Michael Baader: Der Bau des Holzweges wird derzeit im Gemeinderat diskutiert und vorangetrieben. Die Erstellung des Fussweges hingegen ist im Gemeinderat momentan kein Thema.

Cornelia Schmidheiny: Für wen ist der Fussweg vorgesehen?

Michael Baader: Der Fussweg wird ein öffentlicher Fussweg sein, der für alle Personen zugänglich ist. Es gibt auch andere solche Fusswege.

Fritz Schwab: Die heute Abend bisher gestellten Fragen wurden auch in der Gemeindekommission bei der Beratung der vorliegenden Vorlage diskutiert. Die heutigen Voten zeigen auch, dass der Fussweg nicht unbedingt benötigt wird. Er stellt daher den Gegenantrag, dass nur der Holzweg beschlossen und der Fussweg ersatzlos aufgehoben nicht.

Ernst Rüdin: Fritz Schwab stellt diesen Antrag als Privatperson und nicht als Mitglied der Gemeindekommission. Die Gemeindekommission hatte einstimmig entschieden, dem Antrag des Gemeinderates zu entsprechen.

Michael Baader: Stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr gewünscht werden. Er erklärt das Abstimmungsprozedere: Zuerst soll die Frage Fussweg "ja" oder "nein" geklärt werden. Anschliessend soll über die so im Detail bereinigte Vorlage als Ganzes abgestimmt werden.

Abstimmung:

Antrag Gemeinderat: Der Fussweg wird wie beantragt beschlossen:	33
Gegenantrag Fritz Schwab: Der Fussweg wird ersatzlos aufgehoben:	26



Beschlussfassung

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit einigen Enthaltungen und ohne Gegenstimmen zugestimmt.

://: Die Änderung des Strassennetzplanes Siedlung im Bereich Holzweg inkl. Anpassung der Fusswegführung wird genehmigt.



## **TRAKTANDUM 6: VERSCHIEDENES**

### **6.1. Selbstständige Anträge von Stimmberechtigten**

Michael Baader: René Frei-Hitz, Standweg 11, hat mit Datum vom 10. Dezember 2003 einen schriftlich formulierten, selbständigen Antrag mit folgendem Wortlaut eingereicht: "Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass das kurze fehlende Stück des Fussweges zwischen Unterer Allersegg - Dubenloch - Buuseregg realisiert werden kann". Der Gemeinderat und die Verwaltung haben diesbezüglich diverse Gespräche geführt. Der Landbewirtschafter wäre grundsätzlich für einen Versuch bereit. Dies allerdings nur, wenn er keine Haftung als Tierhalter hätte. Auf dieser Wiese weidet in der Regel eine Kuhherde mitsamt Kälbern und Stier. Zusätzliche Abklärungen von Michael Baader haben ergeben, dass die Tierhalterhaftung nur ausgeschlossen werden kann, wenn eine genügende Beaufsichtigung gewährleistet ist. In diesem Fall heisst dies bspw. Installation eines doppelten Elektrohages. Aus diesen Gründen will der Landbewirtschafter derzeit sein Land für einen Wanderweg nicht zur Verfügung stellen. René Frey hat aufgrund der Abklärungsergebnisse seinen Antrag zurückgezogen. Michael Baader fragt den anwesenden Antragsteller, ob er Ergänzungen zu den gemachten Erläuterungen anbringen möchte.

René Frey: Ist mit den Erläuterungen zufrieden und macht keine Ergänzungen.

Michael Baader: Unmittelbar vor der heutigen Versammlung wurde ein schriftlich formulierter, selbständiger Antrag eingereicht. Michael Baader bittet eine der Antragstellenden, Monika Wiesner, den Antrag zu erläutern.

Monika Wiesner: Die IG Lebensgrundlagen Regio Basiliensis, Ortsgruppe Gelterkinden, vertreten durch Margrit Dürger, Gartenweg 20, Monika Wiesner, Bützenenstrasse 7, Erika Chaudri, Brühlgasse 16, stellen den Antrag „Für einen sanften Mobilfunk gemäss Gräfelfinger Modell in unserer Regio“. Sie liest die schriftliche Eingabe vor:

*"Wir beantragen nach § 68 Gemeindegesetz, dass die Gemeinde Gelterkinden mit den Umliegergemeinden Kontakt aufnimmt, um gemeinsam eine Bewilligung beim Kanton zu erlangen für einen „Sanften Mobilfunk nach Gräfelfinger Modell“ in unserer Regio.*

*Begründung:*

*Ausgangspunkt sind die momentan in der Schweiz laufenden Bestrebungen für sanften Mobilfunk gemäss Gräfelfinger Modell. Voraussetzung dazu ist, dass Gemeinden sich zusammenschliessen, um gemeinsam beim jeweiligen Kanton einen entsprechenden*



*Antrag zu stellen. Falls Landschaftsplanungsfragen tangiert sind, muss der Kanton diesen Antrag bei der Bundesbehörde (BUWAL) einreichen.*

*Ziel dieses Konzepts ist die Vermeidung unnötiger Antennen und die Verringerung der Strahlenbelastung der Bevölkerung auf das unumgänglich Notwendige.*

*Aufgrund der zunehmenden Erfahrungen über gesundheitlich schädliche Auswirkungen der bisherigen Mobilfunk-Technik wächst der Widerstand gegen neue Antennen. Und nun soll die neue UMTS-Technik mit noch intensiverer Pulsung eingeführt werden, obwohl darüber erst eine einzige wissenschaftliche Studie durchgeführt wurde, deren Resultat einen vorsichtigen Umgang aufdrängt. Daher haben "Ärzte für Umweltschutz Schweiz" ein Moratorium verlangt, weil sie grosse und schwerwiegende Bedenken gegen den unbeschränkten Aufbau von drei weiteren Antennen-Netzen haben.*

*In anderen Gemeinden wurden bereits Anträge für das Vorgehen gemäss Gräfelfinger Modell eingereicht, so in der Gemeindeversammlung vom 18. März 2004 in Münchenstein und am 1. April 2004 in jener von Arlesheim. In weiteren Gemeinden sind gleichlautende Anträge in Vorbereitung, so auch in Sissach und Ormalingen.*

*Mit diesen Anträgen soll das im Moment Bestmögliche für die Regio erreicht werden, was eine fachmännisch erarbeitete Standort-Koordination bedingt. Langfristiges Ziel bleibt eine Mobilkommunikation, die nachweisbar nicht gesundheitsschädigend ist.*

*Wir bitten die Gemeinde Gelterkinden herzlich um ein Engagement zugunsten einer solchen - Gemeindegrenzen überschreitenden - Zusammenarbeit und Lösungsfindung und danken im Voraus bestens für die entsprechenden Bemühungen."*

Im Weiteren informiert Monika Wiesner, dass am 17. Juni 2004 um 20.00 Uhr in der Aula der Sekundarschule Tannenbrunn in Sissach ein Vortrag zum Thema "Strahlenbelastung in unserem Umfeld; Mobilfunkantennen, Elektromog und die Gesundheit" stattfindet. Organisiert wird dieser Anlass vom Verein "Elektromog-Betroffene Zunzgen/Sissach und Umgebung".

Michael Baader: Der Gemeinderat nimmt den von Monika Wiesner erläuterten Antrag entgegen. Das weitere Vorgehen richtet sich nach § 68 Gemeindegesetz:



**Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden  
(Gemeindeggesetz), SGS 180**

**§ 68 Selbständige Anträge von Stimmberechtigten**

<sup>1</sup> *Nach der Behandlung der angekündigten Geschäfte kann der oder die Stimmberechtigte zu Gegenständen, die nicht im Geschäftsverzeichnis stehen, Anträge stellen, sofern diese in die Befugnis der Gemeindeversammlung fallen.*

<sup>2</sup> *Solche Anträge können auch vor der Versammlung schriftlich dem Gemeinderat eingereicht werden. Ist dies geschehen, so setzt der Versammlungsleiter oder die Versammlungsleiterin die Versammlung hievon in Kenntnis.*

<sup>3</sup> ...

<sup>4</sup> Der Gemeinderat arbeitet eine Vorlage über die Anträge aus. Er kann auch vorerst auf eine Vorlage verzichten und die Anträge an der folgenden Gemeindeversammlung zur Erheblicherklärung unterbreiten.

<sup>5</sup> Er unterbreitet die Vorlage über die Anträge oder über die erheblich erklärten Anträge innerhalb eines halben Jahres der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung. Die Vorlage ist so rechtzeitig zu unterbreiten, dass ihr Zweck nicht vereitelt wird.

<sup>6</sup> *Er kann zu jedem Antrag einen Gegenvorschlag unterbreiten.*

Markus Da Rugna: Was ist bisher mit den Beschwerden i.S. Mobilfunkantennenanlagen gelaufen?

Hans Rebmann: Für den Bau einer Mobilfunkantennenanlage ist ein normales Baugesuch notwendig. In letzter Zeit sind vom Gemeinderat drei solcher Baugesuche behandelt worden. Die Beurteilung dieser Gesuche richtet sich nach bestimmten Kriterien. Wichtig ist diesbezüglich vor allem die Verordnung vom 23. Dezember 1999 über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) des Bundes (SR 814.710). Die Einhaltung der darin enthaltenen Vorschriften wird im Kanton Basel-Landschaft vom Lufthygieneamt beider Basel kontrolliert. Die Baubewilligungsbehörde im Kanton Basel-Landschaft ist, mit Ausnahme der Gemeinde Reinach, das kantonale Bauinspektorat. Der Gemeinderat kann sich während der Einsprachefrist äussern. Dabei richtet er sein Augenmerk danach, ob ein Baugesuch den kommunalen Reglementen und Verordnungen entspricht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Kontrolle, ob ein Baugesuch die Bestimmungen der NISV einhält, nicht in der Kompetenz des Gemeinderates liegt sondern in derjenige des Kantons. Es gibt bereits auf verschiedenen Ebenen Gerichtsentscheide i.S. Mobilfunkantennenanlagen. Diese Entscheide stützen sich jeweils auch auf die NISV. Die bisherige Gerichtspraxis zeigt, dass die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates zu entsprechenden Baugesuchen, keine Einsprachen zu erheben, den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen.



Hans Bödeker: Der von Monika Wiesner vorgestellte selbständige Antrag betrifft v.a. die Mobilfunkantennenanlage im Gebiet Bützenen. Er wohnt am Keltenweg und ist daher von der geplanten Anlage an der Rünenbergerstrasse 28 betroffen. Die Einsprachefrist in diesem Fall ist zwar abgelaufen, kann aber auch diese Anlage in den erwähnten selbständigen Antrag miteinbezogen werden? Der Gemeinderat soll die Sachlage überprüfen.

Michael Baader: Im von Monika Wiesner vorgestellten selbständigen Antrag geht es aufgrund seiner Ersteinschätzung eher um Planungsfragen. Der Faktor Zeit ist in solchen Fragestellungen zu beachten. Wenn eine Baubewilligung erteilt worden ist und das Gesetz erst anschliessend ändert, so gilt die Baubewilligung. Zur Frage von Hans Bödeker kann er heute Abend keine detaillierte Auskunft geben.

Peter Wüthrich: Muss ein Betreiber einer Mobilfunkantennenanlage Eigentümer der Parzelle sein, auf der die Anlage steht? Oder genügt es, wenn er dem Parzelleneigentümer eine Entschädigung zahlt?

Michael Baader: Der Betreiber muss nicht Parzelleneigentümer sein. Es sind in solchen Fällen alle Varianten möglich.

Margrit Dürger: Welche Kompetenzen besitzt der Gemeinderat in solchen Fällen?

Michael Baader: Bewilligungsbehörde bei Baugesuchen ist das kantonale Bauinspektorat. Die Gemeinde hat diesbezüglich keine Entscheidkompetenz. Der Gemeinderat kann im Rahmen des Baugesuchsverfahrens Stellung nehmen und Einsprache erheben.

Nelly Dambach: Warum kann der Gemeinderat bei solchen Baugesuchen keine Einsprache machen?

Michael Baader: Der Gemeinderat prüft bei Baugesuchen in erster Linie, ob sie die zonenplanerischen Bestimmungen einhalten. Wenn solche Bestimmungen verletzt sind, so erhebt der Gemeinderat Einsprache. Die Einhaltung weitergehender rechtlicher Bestimmungen prüft der Kanton.

Francisco Saurina: Der Gemeinderat hat im Fall Mobilfunkantennenanlage Bützenen keine Einsprache erhoben. Er findet den von Monika Wiesner vorgestellten selbständigen Antrag sinnvoll. Hat die Gemeindeversammlung die Kompetenz, dem Gemeinderat im Fall Bützenen den Auftrag zu erteilen, vorsorglich Einsprache zu erheben?



Michael Baader: Im Fall Mobilfunkantennenanlage Bützenen ist die gesetzlich vorgeschriebene zehntägige Einsprachefrist bereits abgelaufen.

## **6.2. Anfragen von Stimmberechtigten**

René Lötscher: Wie ist der Stand i.S. Eisenbahnlärmschutz? Frau Meier von der SBB hatte an der Orientierungsveranstaltung vom 28. Oktober 2003 ausgesagt, dass bei Einsprachen, deren Behandlung längere Zeit dauern, das ganze Lärmschutzprojekt auf die lange Bank geschoben wird.

Remo Bossert: Sowohl gegen die Auffüllung Rüttschacher als auch gegen die Eisenbahnlärmschutzwände wurden diverse Einsprachen eingereicht. Am 30. Juni 2004 werden Michael Baader und er in Bern wegen den Lärmschutzwänden ein Gespräch mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) haben. Das BAV will die Einspracheverhandlungen für das ganze Dorfgebiet gleichzeitig führen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Verhandlungen von Einsprachen, die rasch behandelt und entschieden werden können, vorgezogen werden sollen.

Michael Baader: Die Behandlung der Einsprachen gegen die Auffüllung Rüttschacher läuft über den Kanton. Diese Beschwerden liegen nun bei der kantonalen Baurekurskommission. Bezüglich der Einsprachen gegen das Lärmschutzwände-Projekt der SBB kennt der Gemeinderat derzeit keine Details. Entsprechende Informationen hat der Gemeinderat bisher noch keine erhalten.

Der Bund schreibt vor, dass die Eisenbahnlinie Basel - Olten bis im Jahr 2007 lärmsaniert sein muss (Stichwort: Huckepackkorridor). Wenn die Einspracheverhandlungen nicht fristgerecht zu Ende geführt werden können, so werden die entsprechenden Bundesbehörden einen Entscheid fällen müssen.

Felix Rüdin: Welchen Inhalt hatte der Baurekurs i.S. Auffüllung Rüttschacher?

Michael Baader: Der Baurekurs wurde von privater Seite eingereicht und nicht vom Gemeinderat. Daher ist es nicht Sache des Gemeinderates, sich darüber öffentlich zu äussern.

## **6.3. Mitteilungen des Gemeinderates**

### Abrechnung Schulbauten / Sporthalle Hofmatt

Waldemar Gahlinger: Die Schlussabrechnung unterschreitet den bewilligten Kredit, unter Berücksichtigung der angefallenen Teuerung und der zulässigen Abweichung von 10%, ein. Die zulässige Bandbreite wird um rund CHF 291'500.-- unterschritten:



Totalkosten gemäss Kostenvoranschlag 1998	CHF 12'134'200.00
+ Zulässige Abweichung (10 % von CHF 12'134'200.00)	CHF 1'213'420.00
+ Teuerung (10.1 % von CHF 12'134'200.00)	<u>CHF 1'225'554.00</u>
= Total zulässige Gesamtkosten	CHF 14'573'174.00
./. Total vorliegende Abrechnung	<u>CHF 14'281'704.20</u>
= Unterschreitung der Bandbreite	<u>CHF 291'469.80</u>

Zudem informiert er auch über die angefallenen Zusatzkosten in der Höhe von rund CHF 1.2 Mio., die im Kostenvoranschlag nicht vorgesehen waren:

Reinwasserkanal	CHF 330'599.10
Gebühren Baubewilligung	CHF 12'530.00
Baukreditzinsen	CHF 653'800.00
Bauherrenleistungen	CHF 149'257.25
Erhöhung der Anschlussgebühren	<u>CHF 100'554.10</u>
Total Zusatzkosten	<u>CHF 1'246'730.45</u>

Besonders weist Waldemar Gahlinger auf die ausgeführten Arbeiten für einen Reinwasserkanal hin. Das Bauterrain war geologisch und topographisch nicht einfach. Auch die Baugrubensicherungen mussten weiter geführt werden als vorgesehen. Die Reaktionen der Hallenbenützenden zeigen, dass das Bauwerk gelungen ist.

#### Heimatkunde

Michael Baader: Für die Erstellung der Heimatkunde Gelterkinden hatte die Gemeindeversammlung einen Investitionskredit in der Höhe von CHF 130'000.-- gesprochen. Die vom Gemeinderat am 22. März 2004 genehmigte Schlussabrechnung weist einen Aufwand von CHF 122'949.05 auf. Aus dem Dorffestgewinn gab es einen Beitrag in der Höhe von CHF 59'090.--. Weitere Beiträge gab es vom Lotteriefonds Kantons Basel-Landschaft (CHF 30'000.--) und der Stiftung ehem. Elektra Gelterkinden (CHF 5'000.--).

#### Wärmeverbund Raiffeisenbank

Michael Baader: Die Raiffeisenbank will ihren Neubau an der Poststrasse an den Wärmeverbund Gelterkinden anschliessen. Die Gemeindekommission hat an der Sitzung vom 19. April 2004 einen entsprechenden Kredit von CHF 58'000.-- genehmigt. Gemäss nun vorliegenden Offerten werden die Kosten, welche die Gemeinde zu tragen hat, über CHF 60'000.-- betragen. Die Kreditüberschreitung wird der Gemeindeversammlung im Zusammenhang mit der Rechnung 2004 zur Genehmigung unterbreitet.

Bisherige Austritte von Behörde- und Kommissionsmitgliedern im Jahr 2004

Michael Baader informiert über die Austritte, die bisher im Jahr 2004 stattgefunden haben. Je nach Gremium haben in diesem Jahr die vierjährigen Amtsperioden per 30. Juni oder 31. Juli geendet. Er dankt den Mandatsträgern für ihr Engagement.

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Austritt per</b>
Gahlinger Waldemar	Gemeinderat	30.06.2004
Pfister Klein Ursula	Schulrat Kindergarten / Primarschule	31.07.2004
Rudin-Gehret Brigitte	Schulrat Kindergarten / Primarschule	31.07.2004
Sommer Fritz	Schulrat Kindergarten / Primarschule	31.07.2004
Bürgin-Itin Katharina	Schulrat Sekundarschule Stufe 1	31.07.2004
Domeniconi Eneas	Schulrat Sekundarschule Stufe 1	31.07.2004
Marxer Adrian	Schulrat Sekundarschule Stufe 1	31.07.2004
Schmutz-Fritsch Paola	Schulrat Sekundarschule Stufe 1	31.07.2004
Schwab Thomas	Schulrat Sekundarschule Stufe 1	31.07.2004
Gruber Felix	Jugendmusikschule Verwaltungskommission	31.07.2004
Weibel-Mundwiler Gertrud	Jugendmusikschule Verwaltungskommission	31.07.2004
Freivogel Hanspeter	Gemeindekommission	10.02.2004
Hemmig Peter	Gemeindekommission / Geschäftsprüfungskommiss.	30.06.2004
Silvia Mazzon	Gemeindekommission / Friedhofkommission	30.06.2004
Neff Christian	Gemeindekommission / Geschäftsprüfungskommiss.	30.06.2004
Rickenbacher Peter	Gemeindekommission	30.06.2004
Rüdin Ernst	Gemeindekommission / Friedhofkommission	30.06.2004
Bitterlin Theres	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Bossert Katharina	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Jehle Felix	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Plattner Peter	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Tanner Werner	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Wirz Kurt	Heimatkundekommission (aufgelöst)	22.03.2004
Brunschwiler Franz	Leitbild- und Finanzplanungskommission	30.06.2004
Rudin Peter	Leitbild- und Finanzplanungskommission	30.06.2004
Freivogel Andreas	PBEU-Kommission	30.06.2004
Freivogel Hanspeter	PBEU-Kommission	10.02.2004
Jehle Felix	PBEU-Kommission	30.06.2004
Tozzo Karin	PBEU-Kommission	30.06.2004
Tschudin Hans Peter	PBEU-Kommission	30.06.2004
Bürgin Franz	Zivilschutzkommission	30.06.2004
Biland Susanna	Wahlbüro I	30.06.2004
Mathys Margrit	Wahlbüro I	30.06.2004

Daten der nächsten Gemeindeversammlungen im Jahr 2004

Michael Baader: Die Daten der nächsten Gemeindeversammlungen im Jahr 2004 sind:

Donnerstag, 21. Oktober,

Mittwoch, 8. Dezember.

Departementsverteilung des Gemeinderates ab 1. Juli 2004

Michael Baader: Die aktuelle Amtsperiode endet am 30. Juni 2004. Für den ausscheidenden Waldemar Gahlinger wurde Thomas Lang gewählt. Er ist an der heutigen Versammlung anwesend und wird von Michael Baader begrüsst. Für die Departementsverteilung für die neue Amtsperiode 01.07.2004 - 30.06.2008 wurde das Anciennitätsprinzip angewendet. Folgende Verteilung wurde beschlossen:

<b>Departementchef (Stellvertretung)</b>	<b>Departemente</b>	<b>Bemerkungen</b>
Baader, Michael (Jehle, Felix)	Finanzen Polizei Personal Information Kanton und Gemeinden	Präsident
Jehle, Felix (Lang, Thomas)	Tiefbau Wasser, Kanalisation Kultur	Vize-Präsident
Bossert, Remo (Rebmann, Hans)	Verkehr Strassenbau/Aussenanlagen Gemeindeeigene Bauten	
Lang, Thomas (Baader, Michael)	Raumplanung Wehrdienste (Feuerwehr, Zivilschutz, Militär)	
Mangold, Christine (Bossert, Remo)	Bildungswesen Gesundheit Volkswirtschaft Markt	
Rebmann, Hans (Schaub, Ruth)	Umweltschutz Entsorgung Baugesuche Hallen- und Freibad Friedhof	
Schaub, Ruth (Mangold, Christine)	Sozialhilfe Vormundschaft Asylwesen	

Verabschiedung von Waldemar Gahlinger

Michael Baader: Waldemar Gahlinger wurde vor acht Jahren in den Gemeinderat gewählt. Er dankt ihm für die geleisteten Dienste und wünscht ihm im Namen der Gemeinde für seine Arbeit. Die Zusammenarbeit war sehr angenehm. Waldemar Gahlinger wird noch im Gemeinderat in einem kleineren Rahmen verabschiedet.



Waldemar Gahlinger: Dankt für die Worte von Michael Baader. In seiner kurzen Rede wendet er sich v.a. an den harten Kern der Gemeindeversammlungsteilnehmenden. Er dankt auch den Verwaltungsangestellten für ihre Unterstützung und den anderen Mitgliedern des Gemeinderates. Speziell erwähnt er den Brunnenmeister, Robert Imhof, welcher sich sehr stark für die Wasserwerke und damit für eine funktionierende Wasserversorgung in der Gemeinde einsetzt. Waldemar Gahlinger wünscht Allen alles Gute für die Zukunft.

Michael Baader: Wünscht allen Anwesenden eine gute Heimkehr und eine schöne Sommerzeit. Er erklärt Freinacht.

Schluss der Versammlung um 22.20 Uhr.

Der Präsident:  
sig. Michael Baader

Der Verwalter:  
sig. Christian Ott